

# FlüchtlingsRAT

NRWe.V.

Gefördert von:



## SCHNELLINFO 3/2010, 20. Mai 2010

Die PDF-Version des Schnellinfos finden Sie auf unserer Homepage zum Download und bequemen Ausdrucken (Aktuelles > Schnellinfo > Schnellinfos 2010 > **SCHNELLINFO 3/2010**).

### Inhaltsverzeichnis

#### **IN EIGENER SACHE**

- Flüchtlingsrat NRW: Minderjährigem Flüchtling droht Abschiebung ins Nichts
- Flüchtlingsrat NRW: Vorstand wiedergewählt

#### **BLEIBERECHT**

- Notwendigkeit der Verlängerung des ESF-Bundesprogramms
- Bilanz der Bleiberechtsregelung zum 31. März 2010

#### **DUBLIN II**

- Fortgesetzte Rücküberstellungen nach Griechenland im Rahmen der Dublin II-Verordnung

#### **WELTWEIT**

- UNHCR: Richtlinien zum internationalen Schutz von Flüchtlingskindern
- UNHCR Asylum Report 2009

#### **EUROPA**

Anforderungen an die Umsetzung der europäischen Rückführungsrichtlinie

#### **DEUTSCHLAND**

- Vorrang für Kinderrechte nach 18 Jahren des Wartens
- Neuer Gesetzentwurf der Grünen zur Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes
- PM PRO ASYL zu: Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Ehegattennachzug
- Vorwürfe gegen Ausländerbehörden wegen Gentests bei binationalen Eltern
- Geplantes Migrationsabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit Ghana

#### **NORDRHEIN-WESTFALEN**

- Erneut Rückführungen von Roma aus NRW in eine ungewisse Zukunft ins Kosovo?

#### **HERKUNFTSLÄNDER**

- Antrag der Grünen: Keine Zwangsrückführungen von Minderheitenangehörigen in das Kosovo
- Kosovo: Bischöfe warnen vor frühzeitiger Abschiebung von Roma und anderen Minderheiten in den Kosovo
- Kosovo: Geplante Zwangsabschiebungen sind Rückfall in die schlimmste Zeit der „Zigeuner“-verfolgung!
- Rückführungen in die Republik Kosovo: Schreiben des BMI vom 16.02.2010
- Sri Lanka: Regierung: Menschenrechtslage in Sri Lanka "anhaltend mangelhaft"

#### **AKTUELLE RECHTSPRECHUNG UND ERLASSE**

- VG Meiningen stellt § 60 Abs.2 für Kurden aus Syrien fest
- VG Bremen: längerfristige Duldung bei bestehender Reiseunfähigkeit
- VG Düsseldorf: Beschluss vom 19.03.2010 (Az.: 24 L 29/10)
- Urteil des VG Hannover: AE nach § 28 AufenthG trotz Ausweisungsgründen
- Materialien
- Termine

Wie Sie den Flüchtlingsrat NRW unterstützen können:

**Mitglied werden – Spenden – Sachspenden über SocialBay - Spendenshop** (Einkaufen für den Flüchtlingsrat NRW) - **Praktikum und ehrenamtliche Mitarbeit**

---

## IN EIGENER SACHE

---

### **Flüchtlingsrat NRW: Minderjährigem Flüchtling droht Abschiebung ins Nichts**

Pressemitteilung des FR NRW vom 23.04.2010: Ein in Deutschland geborener Jugendlicher, Angehöriger der Minderheit der Roma, sollte am Dienstag, dem 27.04.2010 allein nach Serbien abgeschoben werden. Die PM können Sie nachlesen unter [Flüchtlingspolitik > Stellungnahmen/Pressemitteilungen > Roma](#).

### **Flüchtlingsrat NRW: Vorstand wiedergewählt**

Bei der letzten Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrates NRW e.V. am 17.04.2010 sind die bisherigen Vorstandsmitglieder Heinz Drucks, Barbara Eßer, Volker Maria Hügel, Varinia Morales und Ingo Pickel wiedergewählt worden. Andrea Genten verzichtete aus persönlichen Gründen auf eine Wiederwahl.

---

## BLEIBERECHT

---

### **Notwendigkeit der Verlängerung des ESF-Bundesprogramms**

Verschiedene Organisationen sprechen sich für eine Verlängerung des "ESF-Bundesprogramms zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt" aus. Über die Weiterführung wird das Bundesministerium für Arbeit und Soziales Ende Mai entscheiden.

Die Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) zum Auslaufen des ESF-Bundesprogramms können Sie auf unserer Homepage unter [Flüchtlinge in Arbeit NRW > Presse](#) nachlesen.

### **Bilanz der Bleiberechtsregelung zum 31.März 2010**

In Deutschland haben nach den im Ausländerzentralregister gespeicherten Angaben Ende März dieses Jahres insgesamt 87.901 Menschen gelebt, deren Aufenthalt lediglich geduldet wurde. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung vom 30.04.2010 (Drs. 17/1539) auf eine Kleine Anfrage der Linken hervor. Das Dokument können Sie nachlesen unter [Bleiberecht > Stellungnahmen / Forderungen zum Bleiberecht](#).

---

## Dublin II

---

### **Fortgesetzte Rücküberstellungen nach Griechenland im Rahmen der Dublin II-Verordnung**

Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linken zu Dublin-Überstellungen nach Griechenland erhalten Sie auf unserer Homepage unter [Dublin II > Stellungnahmen und Dokumente zum Dublin II-Verfahren](#).

---

## WELTWEIT

---

### **UNHCR: Richtlinien zum internationalen Schutz von Flüchtlingskindern**

Die neuen Richtlinien des UNHCR zum Asylverfahren von Kindern mit dem Titel: „Richtlinien zum internationalen Schutz: Asylanträge von Kindern im Zusammenhang mit Artikel 1 (A) 2 und 1 (F) des Abkommens von 1951 bzw. des Protokolls von 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge“ finden Sie auf unserer Homepage unter [Flüchtlingspolitik > Kinder und Jugendliche](#).

### **UNHCR Asylum Report 2009**

Der UNHCR hat seinen Asylum Report 2009 unter dem Titel: "Asylum Levels and Trends in Industrialized Countries 2009" herausgegeben. Die Dokumentation in englischer Sprache können Sie nachlesen unter [Flüchtlingspolitik > Dokumentationen](#).

---

## EUROPA

---

### **Anforderungen an die Umsetzung der europäischen Rückführungsrichtlinie**

Seelsorgerinnen und Seelsorger sowie „Beraterinnen und Berater in Abschiebungshaft“ aus mehreren europäischen Ländern haben im Rahmen der 3. Internationalen Fachtagung „Abschiebungshaftseelsorge“ Anfang 2010 eine Stellungnahme veröffentlicht. Sie fordern u.a. Abschiebungshaft allenfalls als letztes Mittel einzusetzen; die Unterbringung von Abschiebungshäftlingen in Justizvollzugsanstalten schnellstmöglich zu beenden; Abschiebungshäftlingen den Zugang zu unabhängiger und für sie kostenloser Rechtsberatung zu gewähren und europaweit unabhängige Abschiebungsbeobachtungsstellen einzurichten.

Das Positionspapier erhalten Sie auf unserer Homepage unter **Flüchtlingspolitik > Abschiebungshaft**.

**Einen neuen Fall von Selbsttötung in Abschiebungshaft** gab es am 16.04.2010 im Frauengefängnis Hahnöfersand. Dazu ein Artikel der taz mit dem Titel „Abschiebehaft erneut am Pranger“ unter folgendem Link: [www.taz.de](http://www.taz.de).

---

## DEUTSCHLAND

---

### **Vorrang für Kinderrechte nach 18 Jahren des Wartens**

Von nun an gelten die Kinderrechte für alle Kinder in Deutschland. Das Bundeskabinett hat den ausländerrechtlichen Vorbehalt zur UN-Kinderrechtskonvention zurückgenommen. Das bedeutet, dass alle Kinder und Jugendlichen, die als Flüchtlinge nach Deutschland kommen, Zugang zu Schule und Ausbildung erhalten müssen – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus; dass minderjährige Flüchtlinge nicht mehr ohne weiteres in Abschiebungshaft genommen werden dürfen; dass bei der Inobhutnahme von jungen Flüchtlingen das Kindeswohl vorrangig zu beachten ist und sämtliche Leistungen der Jugendhilfe angewendet werden müssen; dass die oft willkürliche Änderung von Altersangaben aufhören muss.

Die Pressemitteilung des Bundesfachverbands UMF e.V. vom 04.05.2010 können Sie auf unserer Homepage unter **Flüchtlingspolitik > Kinder und Jugendliche** nachlesen.

Die Pressemitteilung zu diesem Thema von Pro Asyl können Sie unter [www.proasyl.de](http://www.proasyl.de) nachlesen.

Eine Pressemitteilung über die endgültige Version des Aktionsplans unbegleitete Minderjährige, wie er am 6. Mai von der Kommission angenommen wurde, können Sie nachlesen unter <http://europa.eu>.

### **Neuer Gesetzentwurf der Grünen zur Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat am 21.04.2010 einen Gesetzentwurf zur Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes in den Bundestag eingebracht. „Seit es 1993 beschlossen wurde, wird das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) aus grundsätzlichen menschenrechtlichen Erwägungen heraus kritisiert. Denn dieses Gesetz führt zu einem diskriminierenden Ausschluss von Asylsuchenden aus der Sozialhilfe und der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Die Beträge sind entgegen § 3 Abs. 3 AsylbLG niemals angepasst worden. Spätestens seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den Regelleistungen nach SGB II (-Hartz IV-Gesetz-) ist klar: Die Beträge sind nicht nur viel zu niedrig und erfüllen nicht den verfassungsrechtlichen Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums; sie sind auch willkürlich festgesetzt worden“. Sie erhalten den Gesetzentwurf auf unserer Homepage unter **Rechtsnormen / Erlasse / Anwendungshinweise / Dienstanweisungen > Gesetzentwürfe**.

### **PM PRO ASYL zu: Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Ehegattennachzug**

In einer Presseerklärung vom 30.03.2010 hebt PRO ASYL hervor, dass die familienfeindliche Entscheidung das Europarecht verletze. Die Pressemitteilung können Sie nachlesen unter [www.proasyl.de](http://www.proasyl.de).

### **Vorwürfe gegen Ausländerbehörden wegen Gentests bei binationalen Eltern**

Aus der Antwort der Bundesregierung vom 18.03.2010 (Drs. 17/1096) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke geht hervor, dass ein Gentest für die Anfechtung der Vaterschaft bei binationalen Kindern nicht entscheidend sei. Entscheidend sei die sozial-familiäre Beziehung, die bestehe, wenn der Vater zum Zeitpunkt der Anerkennung für das Kind die tatsächliche Verantwortung trage oder getragen habe. Die Antwort der Bundesregierung können Sie auf unserer Homepage unter **Flüchtlingspolitik > Familie/Familienzusammenführung** nachlesen.

## **Geplantes Migrationsabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit Ghana**

Die Antwort der Bundesregierung vom 24.02.2010 auf die Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zum Thema „Das geplante Migrationsabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit Ghana“, in der es auch um die Fragen der „zirkulären Migration“ geht, können Sie auf unserer Homepage **unter Flüchtlingspolitik > Herkunftsländer > Ghana** nachlesen.

---

## **NORDRHEIN-WESTFALEN**

---

### **Erneut Rückführungen von Roma aus NRW in eine ungewisse Zukunft ins Kosovo?**

Die Antwort des IM NRW vom 07.04.2010 auf die Kleine Anfrage der Grünen können Sie auf unserer Homepage nachlesen unter **Flüchtlingspolitik > Herkunftsländer > Kosovo**.

---

## **HERKUNFTSLÄNDER**

---

### **Antrag der Grünen: Keine Zwangsrückführungen von Minderheitenangehörigen in das Kosovo**

In ihrem Antrag „Keine Zwangsrückführungen von Minderheitenangehörigen aus dem Kosovo“ (Drs. 17/1569) vom 05.05.2010 fordert die grüne Fraktion die Bundesregierung auf, sich für eine sofortige Aussetzung der Abschiebungen von Minderheitenangehörigen einzusetzen; sich für eine Aufenthaltsgewährung aus humanitären Gründen für Minderheitenangehörige einzusetzen und das deutsch-kosovarische Rückübernahmeabkommen für Minderheitenangehörige aus dem Kosovo auszusetzen.

Den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen können Sie auf unserer Website unter **Flüchtlingspolitik > Herkunftsländer > Kosovo** nachlesen.

### **Kosovo: Bischöfe warnen vor frühzeitiger Abschiebung von Roma und anderen Minderheiten in den Kosovo**

Die Pressemitteilungen der Deutschen Bischofskonferenz vom 22.04.2010 können Sie auf unserer Homepage nachlesen unter **Flüchtlingspolitik > Herkunftsländer > Kosovo**.

### **Kosovo: Geplante Zwangsabschiebungen sind Rückfall in die schlimmste Zeit der „Zigeuner“verfolgung!**

Die Gesellschaft für bedrohte Völker hat am 15.04.2010 eine Pressemitteilung herausgegeben anlässlich der Unterzeichnung des deutsch-kosovarischen Rückübernahmeabkommens. Die Pressemitteilung können Sie nachlesen unter **Flüchtlingspolitik > Herkunftsländer > Kosovo**.

### **Rückführungen in die Republik Kosovo: Schreiben des BMI vom 16.02.2010**

In einem Schreiben vom 16.02.2010 hat das Bundesinnenministerium die Innenminister der Länder aufgefordert, bei der Anmeldung von Roma aus dem Kosovo zur Abschiebung zurückhaltender vorzugehen. Das Schreiben können Sie nachlesen unter **Rechtsnormen / Erlasse / Anwendungshinweise / Dienstanweisungen > Erlasse / Anwendungshinweise / Dienstanweisungen > Herkunftsländer > Kosovo**.

### **Sri Lanka: Regierung: Menschenrechtslage in Sri Lanka "anhaltend mangelhaft"**

Aus einer Antwort der Bundesregierung vom 27.04.2010 auf die Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke geht hervor, dass die Menschenrechtslage in Sri Lanka nach Auffassung der Bundesregierung schwierig bleibt. Oppositionelle müssten weiter mit Einschüchterungen und Repressalien rechnen. Die Meinungs- und Informationsfreiheit bleibe eingeschränkt. Nach Angaben des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) halten sich noch etwa 82.000 Menschen in Flüchtlingslagern auf. Die Antwort der Bundesregierung können Sie nachlesen unter **Flüchtlingspolitik > Herkunftsländer > Sri Lanka**.

### **VG Meiningen stellt § 60 Abs.2 AufenthG für Kurden aus Syrien fest**

Das Urteil vom 01.04.2010 können Sie auf unserer Homepage unter **Rechtsprechung (Urteile, Beschlüsse, Entscheidungen) > Herkunftsländer > Syrien** nachlesen.

### **VG Bremen: längerfristige Duldung bei bestehender Reiseunfähigkeit**

Mit dem Beschluss des VG Bremen vom 31.03.2010 (Az.: 4 V 155/10) wird die Ausländerbehörde Bremen verpflichtet, eine längerfristige Duldung bei bestehender Reiseunfähigkeit zu erteilen.

Den Beschluss können Sie nachlesen unter **Rechtsprechung (Urteile, Beschlüsse, Entscheidungen) > Abschiebungshindernisse**.

### **VG Düsseldorf: Beschluss vom 19.03.2010 (Az.: 24 L 29/10)**

Die Stadt Oberhausen wurde verpflichtet, den Antragstellern eine Fiktionsbescheinigung gemäß § 81 Abs. 5 AufenthG über die Beantragung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG zu erteilen, hilfsweise eine Duldung.

Den Beschluss können Sie auf unserer Homepage nachlesen unter **Rechtsprechung (Urteile, Beschlüsse, Entscheidungen) > Aufenthaltsrecht**.

### **Urteil des VG Hannover: AE nach § 28 AufenthG trotz Ausweisungsgründen**

Das Verwaltungsgericht Hannover hat am 23.02.2010 (Az.: 4 A 4067/08) entschieden, dass einem nigerianischen Vater zweier deutscher Kinder eine Aufenthaltserlaubnis nach § 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 AufenthG zu erteilen ist, obwohl Ausweisungsgründe vorliegen. Das Urteil können Sie nachlesen unter **Rechtsprechung (Urteile, Beschlüsse, Entscheidungen) > Familie / Familienzusammenführung / Visum**.

---

## NEUE MATERIALIEN

---

Neu erschienen: „Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen“ (1993 bis 2009) 17. aktualisierte Auflage der Dokumentation. ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE E.V. Dokumentationsstelle. Weitere Informationen zur Bestellung erhalten Sie auf unserer Homepage unter **Flüchtlingspolitik > Dokumentationen**.

Sie unterstützen den Flüchtlingsrat NRW e.V., wenn Sie Bücher online bei Amazon über unseren Spendeshop <http://frnrw.spendeshop.at> bestellen!

---

## TERMINE

---

(Weitere Termine auf unserer Homepage [www.frnrw.de](http://www.frnrw.de))

Samstag, 29. 05. 2010, 11:00 Uhr bis 16:00 Uhr: **Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrates NRW e.V.** Ort: Asienhaus, Bullmannaue 11, 45327 Essen

Dienstag, 01. 06. 2010, 19:00 Uhr bis 21:00 Uhr: Veranstaltung zum Thema Rückübernahmeabkommen mit dem Kosovo. Ort: Katharinenaal, Katharinenplatz 1, 59423 Unna

Montag, 14. 06. 2010, 08:45 Uhr bis Dienstag, 15. 06. 2010, 14:00 Uhr: Asyl heute - Gemeinsame Verantwortung für den Flüchtlingsschutz. Ort: Evangelische Akademie zu Berlin

Montag, 14. 06. 2010, 09:00 Uhr bis 16:00 Uhr: Transkultureller Brückenschlag zwischen Wissenschaft und Praxis: Diversity in Familienarbeit und Organisationsentwicklung. Ort: Ärztekammer Nordrhein, Haus der Ärzteschaft, Tersteegenstraße 9, Düsseldorf, Raum C-EG-4.1-4

Mittwoch, 16. 06. 2010, 09:30 Uhr bis 17:00 Uhr: Unsichtbar – Menschen ohne Papiere in Deutschland, Aspekte der Gesundheitsförderung. Ort: Zentrum für Personalentwicklung der Stadt Duisburg

Freitag, 18. 06. 2010, 15:00 Uhr bis Sonntag, 20. 06. 2010, 12:30 Uhr: Interkulturelle Öffnung als Zukunftsaufgabe der Justiz. Ort: Evangelische Akademie Bad Boll

Samstag, 10. 07. 2010, 11:00 Uhr bis 16:00 Uhr: Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrates NRW e.V. Ort: Asienhaus, Bullmannaue 11, 45327 Essen

**Impressum:**

**Herausgeber:** Flüchtlingsrat NRW e. V. Bullmannaue 11 D-45327 Essen Tel.: 0201/899 08-0; Fax: 0201/899 08-15

Email: [info@frnrw.de](mailto:info@frnrw.de) Homepage: [www.frnrw.de](http://www.frnrw.de)

Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Köln, BLZ 370 205 00, Konto Nr. 8 05 41 00

Flüchtlingsrat NRW e. V. Bullmannaue 11 D-45327 Essen Tel.: 0201/899 08-0; Fax: 0201/899 08-15

Email: [info@frnrw.de](mailto:info@frnrw.de) Homepage: [www.frnrw.de](http://www.frnrw.de)

Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Köln, BLZ 370 205 00, Konto Nr. 8 05 41 00